

Presseinformation

Kiel, den 18. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Lars Harms

TOP 17 Schließung von Bundesbankfilialen

Drs. 17/25

Die Bundesbank will aus Kostengründen in den nächsten Jahren in Deutschland 13 ihrer derzeit 47 Filialen aufgeben oder zusammenlegen. Das hat an fast allen Standorten erheblichen Protest nach sich gezogen.

Die angeblichen umfangreichen Untersuchungen jedes einzelnen Standorts erweisen sich als wenig stichhaltig. So wurden in Hessen kurzerhand so genannte „andere Wirtschaftlichkeitsüberlegungen“ aus dem Hut gezaubert, um die Schließung der Filiale in Gießen zu rechtfertigen. Dabei ist in fast allen betroffenen Filialen das Einzahlungs- und Bearbeitungsvolumen durchaus ausreichend. Dagegen gefährdet die Schließung massiv die Bargeldversorgung der Wirtschaft, weil entsprechende andere Möglichkeiten noch nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Privatkunden können nicht mehr den gebührenfreien und unbefristeten Umtausch von D-Mark-Banknoten und –münzen nutzen. In Lübeck fehlt die Stadtkasse. Bürger, die an die Stadt Lübeck Geld

überweisen oder einzahlen wollen, können das gebührenfrei nur über wenige Banken – oder eben die Bundesbankfiliale tun. Wer überhaupt kein Konto hat, kann Rechnungen und ähnliches gebührenfrei nur via Bundesbank erledigen. Das ist für viele Arme und Überschuldete die letzte Rettung.

Darum setzt sich der SSW für den Erhalt der Bundesbankfilialen in Schleswig-Holstein ein. Es liegen keine Gründe vor, die Filialen zu schließen.

Die Bremer Finanzsenatorin sieht in der Schließung der norddeutschen Bundesbank-Standorte eine Fortsetzung der langjährigen Tradition, nach der der reiche Süden gegenüber dem Norden bevorzugt wird. Gestützt wird diese Vermutung - die im Übrigen auch die ostdeutschen Filialen betrifft, die überproportional von der Schließungswelle betroffen sind - durch Bankinterna: So meldet das Nachrichtenmagazin „Focus“ aus internen Papieren, dass Bremen bei der Bargeldeinzahlung auf Platz 23 von insgesamt 48 Standorten liege; Meiningen in Thüringen auf Platz 31. Trotzdem sollen beide aufgegeben werden. Die Filiale im bayerischen Augsburg bleibt bestehen, obwohl sie beim Bargeldverkehr nur auf dem 41.Rang liegt.

Die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen sind also beileibe nicht so objektiv, wie uns die Frankfurter Zentrale weis machen will.

Warum sollen dann die Filialen geschlossen werden? Oder anders gefragt: warum riskiert die Bundesbank massive Kritik, zu der es ja auch tatsächlich an fast allen Filial-Standorten gekommen ist? Über die Gründe kann man nur spekulieren. Der wahrscheinlichste Grund liegt wohl in der geplanten Neuorganisation der Bundesbank.

Die Berliner Koalition will die Bundesbank nämlich zentralisieren und in eine alleinige Banken- und Finanzaufsicht umbauen. Dabei soll die Bundesbank auch die Arbeit der BaFin erledigen. Zur Zentralisierung müssen die Frankfurter möglichst schnell viele Filialen schließen; schließlich will sie nicht mehr länger als Dienstleister agieren, sondern als politisch gesteuerte Behörde. Das heißt, Geldgeschäfte sind passé und Nähe zum Kunden ist dann nicht mehr notwendig. Deshalb ist unsere Kritik an den Schließungsplänen auch eine Kritik an der Umstrukturierung und Neu-Positionierung der Bundesbank.

Unabhängig von den Beweggründen bedeutet die Schließung der Filialen für Schleswig-Holstein, dass der Norden einen wichtigen Standortfaktor verliert. Kein Unternehmen mit umfangreichem Bargeldverkehr wird im Norden Schleswig-Holsteins noch problemlos Geschäfte tätigen können, weil ergänzende und sichere Wege der Bargeldversorgung nicht mehr bestehen. Somit ist die Schließung der Bundesbankfilialen ein eindeutiger Standortnachteil, der zu den bereits bestehenden, wie der schlechten verkehrstechnischen Anbindung, hinzu gezählt werden muss.

Darum müssen die Bundesbankfilialen erhalten bleiben. Die Kreistage in Nordfriesland und Schleswig-Flensburg unterstützen diese Initiative und auch in der Stadt Flensburg steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Der SSW bittet alle Fraktionen, sich seinem Antrag anzuschließen um eine deutliche Position zum Erhalt der Bundesbankfilialen einzunehmen.